

Angesichts der weltweiten Krise des Kapitalismus:

ProletarierInnen aller Länder, vereinigt euch!

Sozialistische Revolution! ArbeiterInnenmacht!

Vom „Ende der Geschichte“ zur Erschütterung des Kapitalismus weltweit

Vor 20 Jahren triumphierten die reaktionären Parteien und die bürgerlichen Ideologen. Sie kündigten den endgültigen Zusammenbruch des Kommunismus und selbst das Ende der Geschichte an, wobei sie sich auf die Massenarbeitslosigkeit und die Niederlagen stützten, die dem Proletariat weltweit beigebracht wurden: Die Niederlage des Streiks der britischen Bergarbeiter, die Privatisierungen der öffentlichen Unternehmen in den kapitalistischen Ländern, die deutsche Wiedervereinigung zu Gunsten der Bourgeoisie, die Implosion der UdSSR, die Wende in China hin in Richtung Kapitalismus....

Die weltweite revolutionäre Welle vom Ende der 60er bis in der 70er Jahre, welche die Bourgeoisien der imperialistischen Länder, der vom Imperialismus beherrschten kapitalistischen Länder und die Bürokratien der Länder, in denen das Kapital enteignet worden war, bedrohte, war zurückgeflossen, von Sozialdemokratie, Stalinismus und kleinbürgerlichem Nationalismus in die Irre geleitet. Aber der Anstieg der Ausbeutungsrate in den imperialistischen Zentren, die Wiedereingliederung Osteuropas, Russlands, Chinas und Vietnams in die kapitalistische Weltwirtschaft nach der Restauration des Kapitalismus durch die stalinistischen Bürokratien, die Fülle an von den Zentralbanken zur Verfügung gestellter Liquidität haben dem niedergehenden Kapitalismus nur einen Aufschub gebracht. Seine Schwäche wurde durch Geld-, Bank- und Wirtschaftskrisen unaufhörlich bloßgelegt. Die Widersprüche sind im Juni 2008 Form einer Bankenkrise im Zentrum der Weltwirtschaft, den Vereinigten Staaten, explodiert, um zu einer weltweiten Krise ohne Beispiel seit jener von 1929 zu werden.

Die elementaren Bedürfnisse der Menschheit können nicht befriedigt werden, aber im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise gibt es plötzlich zu viele Waren, zu viele Produktionsmittel, zu viele Produzenten... Bis 2010 könnte die Zahl der zusätzlichen Arbeitslosen 25 Millionen erreichen, ohne die 20 Millionen rechtloser Arbeitenden zu berücksichtigen, die in China in ihre Herkunftsdörfer zurückgekehrt sind. Dem Präsidenten der Weltbank zufolge „könnten jedes Jahr 200. 000 bis 400.000 Säuglinge sterben“. Der Schwellenwert von einer Milliarde unterernährter Menschen wird 2009 weit überschritten werden.

Die kapitalistische Krise verschont kein einziges Land

Der weltweite Handel geht in weit schnelleren Rhythmen zurück als 1929-1930: laut WTO sollte er 2009 um 13,2 % zurückgehen. Am 22. April hat der IWF geschätzt, daß die weltweite Produktion 2009 um 1,3% sinken wird. Der IWF schätzt die Kosten des

Weltwirtschaftskrise auf die unglaublichen Summe von 4.054 Milliarden Dollar.

Die beherrschten Länder, insbesondere die ärmsten, leiden besonders unter dem Rückgang ihrer Ausfuhren, dem Transfer von Einnahmen ins Ausland, dem Rückgang der ausländischen Investitionen.

Unter den „Schwellenländern“ werden die zentraleuropäischen Länder, welche in die Europäische Union integriert wurden, besonders getroffen und müssen sich an den IWF wenden. Der Preisverfall bei Petroleum und Erdgas trifft besonders Russland. Dimitri Medvedev hat zu einem Zeitpunkt, da sich die Entlassungen lawinenartig steigern, einen Plan von 44 Milliarden Rubel (eine Milliarde Euro) zur Belebung der russischen Wirtschaft angekündigt, der mit Infrastrukturprojekten beginnen soll. In China nimmt die Arbeitslosigkeit, dieses typische Übel des Kapitalismus, in noch viel größerem Maßstab zu. Hu Jintao hat ebenfalls auf Rezepte des bürgerlichen Ökonomen Keynes zurückgegriffen, unter anderem durch eine Zinssenkung der chinesischen Zentralbank und einen „Plan der wirtschaftlichen Neubelebung“ mit einem Umfang von 1.600 Milliarden Euro (und damit ein Budgetdefizit in Kauf nehmend). Diese Maßnahmen zielen darauf ab, ein Wachstum von 6% zu gewährleisten, was jedoch nichtsdestotrotz die schwächste Rate seit 1992 darstellt.

Der OECD zufolge sind die fortgeschrittenen Länder „im Zentrum der tiefsten und breitesten Rezession seit mehr als fünfzig Jahren“. Sie prognostiziert für 2009 einen Rückgang von 4,3% des BIP der 30 reichsten Länder, beginnend mit jenem der Vereinigten Staaten von 4%. Deutschland wird gleichermaßen stark betroffen sein, mit einer Voraussage eines Minus von 5,3%. Die Voraussagen für Großbritannien, Frankreich und Italien sind kaum besser (-3,7% , -3,3% , -4,3%) Die japanische Wirtschaft würde demnach um 6,6% schrumpfen.

G20: Jeder für sich!

Die kapitalistischen Staaten sind von Natur aus unfähig, sich untereinander zu verständigen. Sie sind die Verkörperung von nationalen Bourgeoisien, die untereinander in Konkurrenz stehen, um das Weltproletariat auszubeuten. Angesichts der Krise versucht daher jeder Staat, seine Bourgeoisie auf Kosten der anderen zu begünstigen, obwohl die kapitalistische Wirtschaft stärker internationalisiert ist als je zuvor, jede Wirtschaft von den anderen über den Umweg von Importen und Ausfuhren abhängt und alle große Firmen (selbst ein großer Teil von Unternehmen bescheideneren Ausmaßes) „multinational“ geworden sind. Etliche Staaten greifen zu protektionistischen Maßnahmen, die die Depression nur vertiefen. Sie verkünden „Pläne zur Wirtschaftsbelebung“ auf einer nationalen Grundlage: 34 Milliarden Euro in Frankreich, 100 Milliarden in Deutschland, 590 Milliarden in Japan, 627 Milliarden in den Vereinigten Staaten, erst 465 Milliarden, dann 1.162 Milliarden in China...

Anfang April hat Obama anlässlich des letzten G20 in London eingeräumt: „Wir werden uns nicht in allen Punkten verständigen können“. Das spiegelt die Schwächung der wichtigsten imperialistischen Macht, der Vereinigten Staaten, wieder, die zwar ihre militärische Überlegenheit bewahrt hat und die sie auch voll ausschöpft, die aber ihre wirtschaftliche Hegemonie eingebüßt hat, von der sie nach dem Zweiten Weltkrieg profitierte, als sie dazu im Stande war, die kapitalistischen Ökonomien Japans und Westeuropa wiederaufzubauen und ein relativ stabiles, auf dem Dollar basierendes internationales Währungssystem zu begründen.

China, das nur schlecht seine Absicht verbirgt, eine imperialistische Macht zu werden, hat erklärt, daß man der Rolle des amerikanischen Dollar im internationalen Handel ein Ende setzen müsse. Die deutschen und französischen Imperialismen, vertreten durch Angela Merkel und Nicolas Sarkozy, haben sich auf diplomatische Weise dem durch den britischen Imperialismus unterstützten amerikanischen Imperialismus widersetzt. Während Obama und Brown von Deutschland, dem führenden Exporteur der Welt, eine stärkere Anstrengung zur Ankurbelung der Wirtschaft forderten, plädierten Sarkozy und Merkel offiziell für eine „bessere Regulierung der Finanzmärkte“, was auf eine Benachteiligung der Finanzplätze New York und London hinauslief und somit für die beiden großen europäischen Imperialismen bessere Voraussetzungen für die Kapitalakkumulation schaffen würde.

Militarismus, nationale Unterdrückung, Klerikalismus...

Für dieses innerimperialistische Treffen wurden 2.500 Polizisten mobilisiert. Es hat sogar einem Passanten das Leben gekostet. Tausende Personen wurden stundenlang ohne jede Anklage festgehalten. Die Bourgeoisie ist längst keine fortschrittliche Klasse mehr. Überall in der Welt werden die Repressions- und Militärkräfte vor den Auswirkungen der Krise geschützt. Die demokratischen Freiheiten werden beschnitten. Die Ausbeuterinnen-Klassen greifen immer stärker auf den Nationalismus - zum Schaden der nationalen Minderheiten und der MigrantInnen - und den Klerikalismus auf Kosten der Rechte der Frauen, der Jugendlichen, der Homosexuellen und der religiösen Minderheiten zurück..

Die kapitalistische Gewalttätigkeit hat mit der Krise nicht aufgehört, im Gegenteil. Obama plant, 100.000 Polizisten zu rekrutieren, hält das Embargo gegen Kuba aufrecht und erhöht die Zahl der Besatzungstruppen in Afghanistan, wobei er Hilfe von seinen NATO-Verbündeten fordert, welche ihm auch von allen versprochen wird (wobei sich aber niemand bemüht, dieses Versprechen auch in die Praxis umzusetzen). Der Islamismus, der früher von den Vereinigten Staaten gegen die Revolution und gegen die UdSSR eingesetzt wurde und dessen Produkt die Al Qaida ist, wendet sich nun auch in Pakistan, einem seit seiner Entstehung auf die Religion gestützten Staat gegen sie, „während zugleich die Gefahr der neuerlichen Zersplitterung in der Region wächst. Die russische Regierung, die faktisch das Christentum als Staatsreligion einführt, setzt ihren Stiefel weiter auf Tschetschenien und hält den Druck auf zahlreiche Nachbarstaaten aufrecht. In China toleriert die Staatsmacht gewaltige Verschlechterungen für die Frauen, unterhält einen gewalttätigen Polizeiapparat und tritt die Rechte der nationalen Minderheiten mit Füßen. Die Regierung Sri Lankas erzwingt derzeit die Wiedervereinigung der Insel durch militärische Gewalt, deren Preis die tamilische Minderheit zahlt. Zu Jahresanfang ist die israelische Regierung, der die Kolonisierung des Westjordanlands und Jerusalems nicht genügt, mit Einverständnis der imperialistischen Mächte, Ägyptens und selbst der palästinensischen Autonomiebehörde, in den Gazastreifen eingefallen, nachdem es massive Bombardements gegeben hat. Eine reaktionäre Fraktion kolonialer Herkunft der bolivianischen Bourgeoisie droht mit einer Abspaltung von Bolivien ...

Für die permanente Revolution, für eine revolutionäre ArbeiterInneninternationale

Die ArbeiterInnen in Stadt und Land widersetzen sich den Grundbesitzern und einer kapitalistischen Bourgeoisie, die im Würgegriff der Wirtschaftskrise immer aggressiver

wird. Aber in vielen Ländern werden die vom bürgerlichen Staat unabhängigen Gewerkschaften verboten, verfügen die ArbeiterInnen oft nicht einmal über eigene Parteien. Dort, wo sie existieren, sind die Organisationen der ArbeiterInnenklasse - Parteien wie auch Gewerkschaften - nur allzu oft so mit der Bourgeoisie verbunden, dass sie dem Proletariat nicht nützen. Darüber hinaus führt die Verteidigung „ihrer“ Bourgeoisie, die selbst wiederum andere Bourgeoisien konfrontiert, die „reformistischen“ Apparate dazu, das Proletariat zu spalten. Das Proletariat des eines Landes gegen das des anderen, und, im Rahmen der eigenen Grenzen, das Proletariat gegen die eingewanderten ProletarierInnen und die nationalen Minderheiten.

Der wirkliche Kampf gegen die verheerenden Konsequenzen der weltweiten kapitalistischen Krise (und die zunehmenden Drohungen einer kapitalistischen Restauration in Kuba) erfordert den Klassenkampf. Dieser verläuft mittels der ArbeiterInnen-Einheitsfront gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit und der Spaltung, die von den opportunistischen und kapitulanten Führungen betrieben wird, weiter über die Errichtung von Organismen der ArbeiterInnendemokratie und der unterdrückten Volksschichten (Sowjets, Rate, shoras, Volksversammlungen...). Weg führt weiters zur Errichtung einer revolutionären ArbeiterInneninternationale mit demokratischer Strukturen, die in jedem Staat ihre Entsprechung in einer auf die Lehren von Marx, Engels, Luxemburg, Lenin und Trotzki gestützten revolutionären ArbeiterInnenpartei finden wird.

Ohne solche Parteien, die im Stande sind, alle Kräfte der ArbeiterInnenklasse und ihrer Verbündeten (arme BäuerInnen, StudentInnen, Arbeitslose, unterdrückte nationale Minderheiten...) zu mobilisieren, werden die ArbeiterInnen wegen des vorhersehbaren Verrats der kleinbürgerlich-nationalistischen, reformistischen, von den ZentristInnen unterstützten, Führungen nur Teilsiege und zeitweilige Siege erringen oder Niederlagen hinnehmen müssen.

Allein eine solche kommunistische und internationalistische Partei wird dazu fähig sein, die Massen für die Eroberung der Macht zu bewaffnen. Lediglich eine ArbeiterInnenregierung (oder, je nach den Bedingungen des jeweiligen Landes, eine ArbeiterInnen und BäuerInnenregierung) ist bereit, die Expropriateure zu enteignen, die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zu ergreifen, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen und die natürlichen Ressourcen schonen, den Übergang zum Sozialismus vorzubereiten, der nur mit dem Sieg der Revolution in den fortgeschrittenen Ländern abgeschlossen werden kann.

- **Schließung aller imperialistischen Militärstützpunkte, beginnend mit Guantanamo, sofortiger Abzug aller imperialistischer Truppen aus dem Irak, Afghanistan, Libanon, Tschad, dem Kosovo...!**
- **Aufhebung aller Gesetze gegen ArbeitsmigrantInnen, Streiks, Gewerkschaften und ArbeiterInnenparteien!**
- **Generalstreik gegen die Bourgeoisien und ihre Staaten!**
- **Enteignung der Banken, des Großgrundbesitzes und der großen kapitalistischen Konzerne!**
- **Selbstorganisation der ArbeiterInnen, ArbeiterInnen- und BäuerInnenregierung, Weltrepublik der ArbeiterInnenräte!**

1. Mai 2009

Kollektiv Permanente Revolution

[CRP Peru, Groupe Bolchevik (Frankreich) Kollektiv Permanente Revolution Österreich]
& Gruppe Klassenkampf